

Pressespiegel

Landeshauptmann Christopher Drexler

Business Talk mit Thomas Prantner

11.10.2023

DREXLER

„Kickl fremdelt mit dem Volk“

LH Drexler schießt scharf gegen den FPÖ-Chef.

Kein gutes Haar an FPÖ-Chef Herbert Kickl ließ der steirische Landeshauptmann Christopher Drexler bei einer Diskussion mit C-3-Chef Thomas Prantner gestern in Wien. Kickl sei eine „auffällige Persönlichkeit, die mit dem Volk fremdelt.“ Wenn Kickl öffentlich auftrete, seien das immer nur Parteiveranstaltungen. Drexler hofft, dass die ÖVP nach der Landtagswahl



Spitze gegen Gewessler: Drexler

im Herbst 2024 die Koalition mit der SPÖ fortsetzen könne, eine Zusammenarbeit mit den „steirischen Freiheitlichen“

schließe er nicht aus. Drexler wartete mit einigen Spitzen gegen Verkehrsministerin Leonore Gewessler auf, die den dreispurigen Ausbau der A-9-Autobahn (südlich von Graz) blockiert. Gewessler argumentiere „ideologisch“, er, Drexler, unter Verweis auf eine TU-Studie „wissenschaftlich“. Und: „Ich habe immer geglaubt, dass die Grünen nicht wissenschafts-skeptisch sind.“ Drexler geht davon aus, dass die Grünen der nächsten Regierung nicht mehr angehören. „Möglicherweise ist es dann in der nächsten Regierungsperiode leichter zu überzeugen.“ Die Zusammenarbeit mit KPÖ-Bürgermeisterin Kahr gestalte sich nicht ganz einfach. „Da muss man schon ziemlich pragmatisch sein.“

Michael Jungwirth



Waren Sie überrascht davon, dass der VfGH das ORF-Gesetz aufhebt?

BEATE MEINL-REISINGER: Nein, seit 10 Jahren weisen wir darauf hin, dass es eine grundlegende Gremienreform braucht. Jetzt muss das gesamte ORF-Gesetz zurück an den Start. Grüne und ÖVP dürfen das nicht in der Regierung hinter verschlossenen Türen alleine ausmachen.

Wie sollen Stiftungs- und Publikumsrat beschickt werden?

Der Stiftungsrat und die Freundeskreise gehören weg. Unabhängigkeit darf nicht nur ein Schlagwort sein. Daher braucht es einen unabhängigen Aufsichtsrat, der einen mehrköpfigen Vorstand bestellt und überwacht. Und der ORF-Landesaufschlag gehört gestrichen.

Der geht in Kultur und Sport. Da kann man ja nicht dagegen sein. Ja, das ist immer das Totschlagargument. So gesehen wäre jede Förderung in Österreich immer gut und richtig. Am Ende stehen Milliarden an Steuergeld, das wir lieber in den Taschen der Menschen lassen würden.

Sie kritisieren den neuen Finanzausgleich. Warum?

„Es ist fraglich, ob wir Landtage brauchen“

INTERVIEW. Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger will im ORF keinen Stiftungsrat und keine Freundeskreise. Die Länder sollen Steuern einheben.

Von Ernst Sittinger

Österreich gibt im Vergleich viel mehr für Gesundheit und Bildung aus, aber der Output ist nicht gut. Das liegt auch am Föderalismus, der immer nur darin besteht, einfach mehr Geld zu fordern. Diese Bundesregierung bewirft jedes Problem, das sie sieht, mit Geld. Und ja, SPÖ und FPÖ würden es nicht besser machen, denn die fordern noch mehr Ausgaben.

Fordern Sie die Abschaffung der Bundesländer oder zumindest der Landtagsgesetzgebung?

Das Auseinanderfallen der Verantwortung, Steuern einzuneh-

men und auszugeben, ist ein Riesenproblem. Also entweder kommen wir dorthin, dass die Länder Verantwortung für die Einnahmen übernehmen. Oder wir müssen uns über die Frage unterhalten, ob es Landtage überhaupt braucht.

Ihr Ex-Wirtschaftssprecher Sepp Schellhorn zielt sich ein bisschenl mit seinem Comeback. Gibt es schon Bittprozessionen zu ihm?

Das nicht, ich bin aber mit ihm laufend in Kontakt. Er hat schon mehrfach gesagt, er will zurückkommen und wird sich in den nächsten Vorwahlen bewerben.

POLITIK > INNENPOLITIK

CHRISTOPHER DREXLER

"Kickl ist ein Politiker, der mit dem Volk fremdelt"

Der steirische Landeshauptmann Christopher Drexler geht nicht davon aus, dass die Grünen der nächsten Regierung angehören. Das Klimaschutzgesetz in der jetzigen Form sei nicht akzeptabel.



"Da muss man schon ziemlich pragmatisch sein": Landeshauptmann Christopher Drexler über KPÖ-Bürgermeisterin Elke Kahr

© KLZ/ Pajman



Michael Jungwirth Stellvertretender Chefredakteur, Leiter der Wiener Redaktion

11. Oktober 2023, 21:30 Uhr



Kein gutes Haar an FPÖ-Chef Herbert Kickl ließ der steirische Landeshauptmann Christopher Drexler bei einer Diskussion mit dem Chef der Kommunikationsagentur C-3 Thomas Prantner am Mittwochabend bei einer Veranstaltung im Bankhaus Schelhammer-Capital in Wien. Kickl sei eine „auffällige Persönlichkeit, die mit dem Volk fremdelt.“ Kickl trete in der Öffentlichkeit immer nur bei reinen Parteiveranstaltungen auf, so etwa beim Hartberger Oktoberfest oder blauen Veranstaltungen am 1. Mai oder am politischen Aschermittwoch in Ried.

Drexler hofft, dass die ÖVP nach der Landtagswahl im Herbst 2024 die Koalition mit der SPÖ fortsetzen könne, eine Zusammenarbeit mit den „steirischen Freiheitlichen“ schließe er nicht aus. "Wir sind eine Landesregierung, die nicht nur arbeitet, sondern auch zusammenarbeitet", so der steirische Landeshauptmann unter Verweis auf die Bundespolitik. "Ich verspüre bei der Übertragung von Nationalratssitzungen im Fernsehen oft einen Ausschaltungsimpuls."

"Dachte, die Grünen sind nicht wissenschaftsskeptisch"

Werbung

Freund*innenschaft, Ke

Drexler wartete in dem knapp einstündigen Talk mit einigen Spitzen gegen Verkehrsministerin Leonore Gewessler auf, die den dreispurigen Ausbau der A-9-Autobahn (südlich von Graz) blockiert. Gewessler argumentiere „ideologisch“, er, Drexler, unter Verweis auf eine TU-Studie „wissenschaftlich.“ Und: „Ich habe immer geglaubt, dass die Grünen nicht wissenschaftsskeptisch sind.“ Drexler geht davon aus, dass die Grünen nicht der nächsten Bundesregierung angehören werden. „Ob unser Überzeugungsprozess bis zum Ende der Legislaturperiode zu einem Erfolg führt, traue ich mich nicht vorherzusagen. Aber möglicherweise ist es in der nächsten Legislaturperiode eh leichter zu überzeugen.“

Schwierige Zusammenarbeit mit KPÖ-Bürgermeisterin

Die Zusammenarbeit mit KPÖ-Bürgermeisterin Elke Kahr gestalte sich nicht ganz einfach. „Da muss man schon ziemlich pragmatisch sein.“ Er, Drexler, setze allerdings "mit der Frau Bürgermeister öfter

zusammen, als es vermutet wird. Die Landeshauptstadt Graz ist ein natürlicher Partner des Landes. Wir müssen zusammenarbeiten. Ich verhehle nicht, dass es manchmal schwierig ist." Der ÖVP-Politiker hofft, dass Graz nach der nächsten Wahl "keine kommunistische Bürgermeisterin mehr" habe. Auf die höchst volatilen Wahlergebnisse mit wechselnden Mehrheiten in der Steiermark, insbesondere aber in Graz angesprochen, meinte Drexler. "Wien und Niederösterreich sind anderen Arten von Demokratie als die Steiermark."

"Bin langsam ungeduldig mit Sozialversicherung"

Im Zusammenhang mit den Engpässen im Gesundheitsbereich spielte der ehemalige Gesundheitslandesrat den Ball an die Sozialversicherungen weiter. "Wo sind die Synergien bei den zusammengelegten Gesundheitskassen? Ich bin langsam ungeduldig, was die Effekte der Zusammenlegung sind. Es braucht da eine neue Dynamik bei den Sozialversicherungen." In der Steiermark habe man in den letzten Jahren mehr erreicht als die letzten drei Gesundheitsminister im Bund.

Drexler lehnt Entwurf zu Klimaschutzgesetz ab

Für Pragmatismus plädierte der ÖVP-Politiker in der Klimapolitik. "Klimaschutz muss mit Wohlstand vereinbar sein." Man könne nicht unter Verweis auf die Klimaproblematik "jede wissenschaftliche Dynamik einbremsen." Das Klimaschutzgesetz in der jetzigen Form sei nicht akzeptabel. "Da muss noch solide weiterverhandelt werden." Und: "Manche träumen von einem beschaulichen, geruhsamen, nahezu mittelalterlichen Leben." Das Ziel müsse die "Entkoppelung von CO₂ und Wirtschaftswachstum" sein.

Debatten im Haus Drexler

Und zum Schluss gewährte Drexler noch einen Einblick in sein Privatleben. Im Haus Drexler werden durchaus oft auch politische Themen diskutiert, seine Frau Iris arbeitet im Kabinett von ÖVP-Innenminister Karner. "Wir sind nicht immer einer Meinung", so Drexler, "vor allem, wenn es die Rolle des Bundes und der Länder geht."

Zum Thema

Michael Jungwirth, Stellvertretender Chefredakteur, Leiter der Wiener Redaktion



15 KOMMENTARE

**Post
von
Jeannée**



MICHAEL JEANNÉE

michael.jeannee@kronenzeitung.at

Kindermörder!

Folgende Frage: Können Sie sich vorstellen, aus Sympathie FÜR Obige auf der Straße zu demonstrieren?

FÜR Menschen, die Babys, kleine Mädchen und Buben, also Kinder, und deren Väter und Mütter massakrieren, köpfen, aufschlitzen, erwürgen, bombardieren.

Die dabei Genugtuung empfinden, sich im Recht glauben.

Die auf Demokratie und Meinungsfreiheit pochen.

Dämliche Frage, meinen Sie?! Zumal es solche Menschen nicht gibt. Jedenfalls nicht in unseren Breiten.

Kindermörderversteher, Kindermördersympathisanten und Kindermörderfreunde?

Lächerlich, an solche Unmenschen in unserer Mitte zu glauben.

Lächerlich? Nein!

Denn es gibt sie. In unserer Mitte.

Sie beschmutzen die Straßen mit ihren Demos.

Sie sind Kindermörderversteher, Kindermördersympathisanten, Kindermörderfreunde.

Die Regierung verbietet solche Demos auf das Schärfste.

Auf das Schärfste?

Es wird trotzdem demonstriert.

Hunderte, Tausende von Demonstranten. Ihre Nachricht ist Mord und Totschlag.

Die Polizei?

Machtlos. Sie kesselt zwar ein, sonst tut sie aber nichts.

Was ist das nur für eine Schei . . . , für eine niederträchtige Welt, in der wir leben?



Talk in Wien: Thomas Prantner, Landeshauptmann Christopher Drexler und Christian Jauk

„Dynamischer“ Drexler, „leutscheuer“ Kickl

Steirischer Landeshauptmann beim Business-Talk in Wien:

Deutliche Worte zu einer ÖVP-Koalition mit der Bundes-FPÖ

Dynamik, Dynamik, Dynamik – immer wieder fällt das Wort, wenn Landeshauptmann **Christopher Drexler** in Wien auftritt. Er ist Gast im prächtigen Dachgeschoss bei Schelhammer Capital nächst dem Stephansdom. Wo ihn Hausherr **Christian Jauk**, CEO bei Schelhammer Capital und nebenbei Präsident bei Sturm Graz, begrüßt. Und **Thomas Prantner**, lange ORF-Direktor und mittlerweile Geschäftsführer der Agentur C3, interviewt.

Dynamik erwartet der LH vor wienerisch-steirischem Publikum etwa beim Klima-Thema, wo es „um Vereinbarkeit von Klimaschutz und wirtschaftlicher Dynamik“ geht.

Dynamik fordert er auch bei den Sozialversicherun-

Hinter den Kulissen

gen ein, wo er die Synergien aus der Zusammenführung der Gebietskrankenkassen vermisst und erinnert: „Da waren ja abenteuerliche Summen im Gespräch, die hier fließen sollten.“ Ja, Summen, die vor allem vom damaligen ÖVP-Kanzler **Sebastian Kurz** in Aussicht gestellt worden waren.

Gefragt wäre Dynamik für Drexler auch bei der Infrastruktur. Beim dreispurigen Ausbau der Pyhrnautobahn im Süden von Graz, noch wichtiger sei die Pyhrn-Bahn-Strecke samt neuem Bosrucktunnel. Und auch der Bahnausbau zwischen Bruck und Graz.

Wo der Landeshauptmann Dynamik vermissen lässt: Die steirische Landesabgabe, bisher auf die GIS-Gebühr draufgeschlagen, bleibt auch bei der künftigen ORF-Haushaltsabgabe. Auch wenn, wie man seit Kurzem weiß, mindestens fünf Bundesländer auf derartige Abgaben verzichten.

Deutliche Worte findet Drexler zur FPÖ: „**Herbert Kickl** ist ein Politiker, der mit dem Volk fremdelt, der eigentlich leutscheu ist. Das ist eigentlich schon verdächtig.“ Daher schließt er eine Koalition der Bundes-ÖVP mit der Kickl-FPÖ aus. Nicht aber eine Koalition mit der steirischen FPÖ unter Ex-Minister **Mario Kunasek**. Bevorzugen würde er aber weiter eine Fortsetzung der Landes-Koalition mit der SPÖ.



Immer mehr Menschen besuchen die Sozialmärkte

NGOs erklären Kanzler Armut

Nehammer muss sich für
Aussprache heute warm anziehen

Kanzler Karl Nehammer (ÖVP) wird sich heute einiges anhören müssen, aber nicht nur wegen des Zerwürfnisses mit dem langjährigen EU-Mandatar Othmar Karas. Er stellt sich in einem Schutzhaus in Wien mehreren Hilfsorganisationen und spricht mit ihnen über Armut. Damit will er das negative Image, das er sich mit seinem Burger-Sager eingefangen hatte, wieder loswerden. Caritas, Diakonie und Co. nutzten den Termin im Vorfeld für ihre Anliegen und legten Vorschläge gegen Kinderarmut auf den Tisch. Sie fordern etwa die Wiedereinführung der Mindestsicherung in

ihrer alten Form. „Licht ins Dunkel“ will zudem die Diskriminierung Behinderter am Arbeitsmarkt thematisieren und auch die Situation Alleinerziehender in den Fokus rücken. Eingeladen sind 13 Organisationen, die jeweils vier Personen für ein persönliches Gespräch nominieren konnten. Zu den Auserwählten zählen neben den Erwähnten auch Rotes Kreuz, Samariterbund sowie Arbeiter-, Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer und das AMS. Caritas-Präsident Michael Landau kündigte an, „das Bild von Menschen in Not hier in Österreich abgleichen zu wollen“. P. Mladenova

Karas-Rückzug: Abrechnung mit der ÖVP

Das europäische Gewissen der Türken bricht mit seiner Partei. Er tritt nicht mit eigener Liste bei der EU-Wahl an. „Alles Weitere wird man sehen.“

Tag der Abrechnung. Im 15. Stock eines Mediatowers im 2. Bezirk. Im „Juwel“, Ort für Events. Gastgeber Othmar Karas gestaltete die Veranstaltung kompulsiv. „Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal eine solche Rede halten müsste.“ Eine Beziehung ist zerbrochen. Jene des Europapolitikers Othmar Karas zu seiner ÖVP. „Nach 25 Jahren im EU-Parlament werde ich nicht mehr bei den Wahlen kandidieren. Es tut weh. Aber den Weg, den meine Partei geht, kann ich nicht mehr mitgehen“, sprach der 65-jährige Erste Vizepräsident des EU-Parlaments vor Dutzenden Reportern und TV-Teams.

Persönliche Enttäuschung eines „Saboteurs“

Die Entfremdung von Türkis habe schleichend stattgefunden. Die ÖVP sei nicht mehr die Kraft der Mitte, die sie sein sollte. Das Verhältnis zur FPÖ und das Anbieten an Ränder schade immens. „Dennoch haben manche nicht verstanden, welchen Schaden sie damit anrichten.“ Auch persönlich

zeigt sich Karas enttäuscht. Keine Gesprächsbasis mit Parteigranden. Schlechter Stil. „Wenn mir Generalsekretär Stocker ausrichtet, ich sei ein Saboteur, oder ich als Linker tituliert werde, weil ich gegen das Sterben von Flüchtlingen im Mittelmeer eintrete, dann schmerzt das sehr.“ Das gelte auch für Österreichs Rolle in Europa: „Wir sind zu Bremsern verkommen.“

ÖVP bleibt gelassen: Ein interner Kritiker ist weg

Die ÖVP nahm die Entscheidung des Abtrünnigen gelassen „zur Kenntnis“. Karas habe viele Jahre die Politik in der EU mitgestaltet, ließ General Stocker aussenden. Es sei nichts Neues, dass sich die Positionen der Partei und jene von Karas immer weiter voneinander entfernten. Was heißt das offenbar unausweichliche Ende einer Beziehung für die ÖVP?

„Positiv für die Partei: Sie hat einen unangenehmen internen Kritiker weg“, sagt Politologin Kathrin Stainer-Hämmerle. Generell sei die EU-Politik zweitrangig – als

Ersatzkandidatin wird Europaministerin Edtstadler favorisiert. Doch Karas liebäugelt mit einer eigenen Liste – bei der Nationalratswahl 2024: „Ich habe jetzt einmal einen Schritt gesetzt. Alles Weitere wird man sehen.“

Im Hintergrund wird seit Monaten abgewogen. Sollte tatsächlich eine Art Bewegung der Mitte kandidieren, „dann würde das der ÖVP wehtun“, sagt Stainer-Hämmerle. Karas könnte sich als christlich-sozialer Kandidat der Mitte präsentieren.

Eine Gefahr für alle Parteien

Eine Bürgerbewegung hätte generell gute Chancen. „Die Politikerverdrossenheit ist groß wie nie.“ Eine Gefahr für alle Parteien. SPÖ-Kandidat Babler ist nicht weniger zu links, die FPÖ stürmt rechts außen und sammelt Proteststimmen ein. Dies könnte eine gemäßigte Liste ebenso. Es soll auch frustrierte Grüne geben.

Und die Neos? Die hätten ihn am liebsten selbst an Bord. „Leider ist er bei der ÖVP“, sagte Chefin Beate Meisl-Reisinger neulich. Gestern zollte sie Karas „Respekt“ für seine Entscheidung. Sollte eine neue Bewegung folgen, könnte aus Respekt Unbehagen werden. Erich Vogl



Othmar Karas eins mit Kanzler Karl Nehammer. Das spielt es nicht mehr. Karas bleibt ÖVP-Mitglied, bricht aber mit Türkis.

Thema
des Tages



IDA METZGER

Halber Rücktritt

Lange lag der Bruch in der Luft. Nun hat der widerwärtigste Othmar Karas selbst das Handtuch geworfen. Von der Normaldenker-ÖVP hat der Grandseigneur der Volkspartei genug. Vor allem den Respekt gegenüber seiner Person habe Karas vermisst. Öffentliche Affronts gab es zuhauf. Das sei selbst unter Sebastian Kurz, der mit Karas wahrlich nie auf einer Linie war, nicht passiert. Aus seinem Herzen hat Karas nie eine Mördergrube gemacht.

Ein nächster heftiger Tiefschlag für Kanzler Karl Nehammer, der ohnehin mit einem Imagetief nach dem Burger-Gate kämpft. Der Schritt ist aber auch eine Flucht nach vorne. Mächtige Landeshauptleute verweigern eine neuerliche EU-Spitzenkandidatur des Europapolitikers. Der Vizepräsident des EU-Parlaments wusste, dass er 2024 ein Ablaufdatum hat.

Es ist ein halber Rücktritt mit einer attraktiven Hintertür – und die heißt Nationalratswahlen. Othmar Karas' neues Logo „OK“ (siehe Foto) lässt vermuten, dass der EU-Politiker noch größere Pläne hat.

Schafft es Karas, einen Wahlkampf zu finanzieren, Persönlichkeiten wie Christian Kern oder Sepp Schellhorn zu motivieren, auf seiner Liste zu kandidieren, kann er zur gefährlichen Konkurrenz avancieren. Allen – außer einer Partei – würde eine Liste Karas wertvolle Prozentpunkte kosten. Der Profiteur von einer Liste Karas heißt Herbert Kickl. Karas könnte am Wahltag indirekt zum Königsmacher von Kickl werden. Ob der überzeugte Europäer das wirklich will?

LANDESHAUPTMANN DREXLER:

Keine ÖVP-Koalition mit Kickl, „der mit dem Volk fremdel“

Deutliche Worte des steirischen ÖVP-Landeshauptmannes Christopher Drexler im „C3-Business-Talk“ bei Ex-ORF-Direktor Thomas Prantner (im Foto links) in Wien: „Herbert Kickl ist ein Politiker, der mit dem Volk fremdel, der eigentlich leutscheu ist. Das ist eigentlich schon verdächtig.“ Daher

schließt Drexler eine Koalition der Bundes-ÖVP mit der Kickl-FPÖ aus. Nicht aber eine Koalition mit der steirischen FPÖ unter Ex-Minister Mario Kunasek. Bevorzugen würde der Titelverteidiger nach den Landtagswahlen im nächsten Jahr aber eine Fortsetzung der Landes-Koalition mit der SPÖ.



Foto: Kristian Bissuti

ZIVILDIENTST

Zahlen bleiben mit jährlich 13.000 stabil

Die Zahl der Zivildienstler bleibt stabil. Bis September dieses Jahres haben sich 12.832 junge Männer für den Zivildienst entschieden, im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es mit 12.726 ähnlich viele. Der Bedarf der Organisationen ist damit zu 86,4 Prozent gedeckt.

KLEINGARTENAFFÄRE

ÖVP-Abgeordnete gegen SPÖ-Ludwig

Offener Brief der ÖVP-Abgeordneten Gudrun Kugler an Wiens Bürgermeister Michael Ludwig. Sie fordert Konsequenzen aus der Umwidmungsaffäre in Donaustadt. Dort ist Kugler auch ÖVP-Vertreterin. „Es ist höchste Zeit für Aufklärung und Reformen statt Vertuschung!“

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Die ÖVP liegt in den Meinungsumfragen weit zurück. Das ist fair, denn Leistung soll sich ja wieder lohnen.



orf.at

Drexler vermisst Effekte der Krankenkassenfusion

Online seit heute, 7.05 Uhr

Teilen

Der steirische Landeshauptmann Christopher Drexler (ÖVP) sieht in der Zwischeneinigung zum Finanzausgleich lediglich einen „vertretbaren Kompromiss“. Scharfe Kritik übt er an der Krankenkassenzusammenlegung, dem Prestigeprojekt des damaligen Kanzlers Sebastian Kurz (ÖVP).

Er sei „langsam ungeduldig, was die Effekte dieser Zusammenlegung betrifft“, meinte Drexler gestern Abend beim „Business-Talk“ von Thomas Prantners Beratungsagentur C3. Er erwarte sich von der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, dass die Effekte auch genutzt werden.

Auch gegen Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) teilte der Landeshauptmann aus: Er sei ein bisschen sensibel, wenn der Gesundheitsminister immer „mit dem Zeigefinger“ Reformen von den Ländern fordere. Die Steiermark habe in den vergangenen Jahren mehr gemacht als die letzten Gesundheitsminister zusammen, so Drexler.

Kickl mit „auffälliger Persönlichkeit“

Auf die Bremse stieg der Landeshauptmann beim – seit über 1.000 Tagen ausständigen – Klimaschutzgesetz. Was ihm bisher bekannt sei, sei noch nicht dazu angetan, in Jubelstürme auszubrechen und zu sagen, das müsse sofort beschlossen werden.

Es gehe um „die Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Dynamik und Klimaschutz“, das solle auch bei diesem Gesetz der Grundgedanke sein, forderte Drexler.

Auf Landesebene möchte er nach der Wahl 2024 die Koalition mit der SPÖ fortsetzen. Während er aber in der Steiermark eine Koalition mit der FPÖ dennoch nicht ausschließen wollte, würde er sich im Bund „jedenfalls“ gegen eine Koalition mit der FPÖ unter Parteichef Herbert Kickl stellen. Kickl bezeichnete er als „eine auffällige Persönlichkeit“



ÖVP-Europaabgeordnete und Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas am Donnerstag, 12. Oktober 2023, im Rahmen einer persönlichen Erklärung in Wien.

Foto: APA/Manhart

Othmar Karas kandidiert nicht mehr

65-jähriger EU-Vizepräsident lässt seine politische Zukunft aber offen

Der ÖVP-Europaabgeordnete und Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas wird nicht mehr für die Volkspartei kandidieren. „Nach 25 Jahren im EU-Parlament werde ich bei den kommenden Wahlen nicht mehr kandidieren. Das ist keine einfache Entscheidung für mich“, sagte er am Donnerstag in einer persönlichen Erklärung. Seine politische Zukunft ließ er offen. Mit einer eigenen Liste wird er vorerst nicht antreten.

„Bleibe ÖVP-Mitglied“

Auf die Frage, ob das auch für die Nationalratswahl gelte, antwortete Karas ausweichend. „Ich habe heute eine erste persönliche Entscheidung bekannt gegeben.“ Alles andere werde sich zeigen, meinte er: „Eines ist aber sicher: Ich werde nur das tun, was für unser Land einen Mehrwert bedeutet, wo ich das, was ich für richtig und notwendig erachte, umsetzen kann.“ ÖVP-Mitglied wolle er jedenfalls bleiben, so Karas. Und auch seine Funktion als Erster Vizepräsident werde er bis zur EU-Wahl ausüben.

Der 65-Jährige begründete diesen Schritt mit dem Zerwürfnis zwischen ihm und seiner Partei. Karas war in der Vergangenheit immer wieder aus der Parteilinie ausgeschert und übte teils öffentliche Kritik am Kurs der Bundespartei. Auch schmerze ihn die veränderte Rolle Österreichs in der EU. Österreich sei vom Motor der Veränderung „zum Bremsler“ geworden. Als Beispiele führte er das Schengenveto gegen Rumänien und Bulgarien, das Verhalten der SPÖ bei der Rede des ukrainischen Präsi-

denten Wolodymyr Selenskyj im Nationalrat oder die „unverschämte antieuropäische Politik der FPÖ“ an. Karas beklagte das „politische Versagen in zentralen Feldern“ und eine „mangelnde Debatte- und Kultur“. Dazu sei ein „eklatanter Vertrauensverlust“ der Bürger in die Politik gekommen. Die Politik verliere sich in „Scheindebatten“ und „Nebenschauplätzen“. Die vergangenen Monate seien „menschlich enttäuschend“ gewesen. Wie die Bundespartei mit ihm umgegangen sei, sei einer staatstragenden Partei „unwürdig“.

Zur Person

Othmar Karas

Karas zog 1999 für die Volkspartei ins EU-Parlament ein. Von 2006 bis 2009 sowie von 2011 bis 2019 leitete er die ÖVP-Delegation. Im Jänner 2022 wurde der gebürtige Niederösterreicher zum Ersten Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments gekürt. Dieses Amt bekleidete er bereits von 2012 bis 2014 sowie von 2019 bis 2022.

Reaktionen mit Respekt

Vertreter anderer Parteien zollten Karas Respekt und nannten ihn einen „überzeugten Europäer und Demokraten mit klarer Haltung“. Zuspruch bzw. Würdigungen kamen aus den Reihen von SPÖ, Neos und Grünen. Die FPÖ sah in der Entscheidung einen „Zerfallsprozess der ÖVP“. Die Volkspartei nahm den Schritt zur Kenntnis und wünschte Karas für „seine persönliche Zukunft alles Gute“.

Länder weiter für neuen Verteilungsschlüssel

Die Finanzreferenten der Bundesländer haben am Donnerstag in Klagenfurt bei einer Konferenz über Details des Finanzausgleichs beraten. Nachdem es bereits eine Grundsatzvereinbarung mit dem Bund über Eckpunkte – 2,4 Mrd. Euro mehr für die Länder – gab, geht es nun um die Details. Die Länder pochen weiterhin auf einen geänderten Verteilungsschlüssel – allerdings erst für den nächsten Finanzausgleich. Paktiert werden soll dieser aber schon jetzt, wie es hieß. „Am Ende der kommenden Finanzausgleichsperiode (2024 bis 2028, Anm.) wird eine Schlüsseländerung kommen“, sagte Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP).

Vertretbarer Kompromiss

Der steirische Landeshauptmann Christopher Drexler (ÖVP) sieht in der Zwischeneinigung zum Finanzausgleich lediglich einen „vertretbaren Kompromiss“. Für den Bereich Gesundheit soll es zum Beispiel jährlich durchschnittlich 973 Millionen Euro mehr an Bundesmitteln geben. 603 Millionen davon für Spitäler. Natürlich solle man die Spitalsambulanzen entlasten und das gehe nur, wenn der niedergelassene Bereich gestärkt werde, meinte Drexler. Scharfe Kritik übt er aber weiter an der Krankenkassenzusammenlegung, dem Prestigeprojekt des damaligen Kanzlers Sebastian Kurz: Er sei „langsam ungeduldig, was die Effekte dieser Zusammenlegung betrifft“, erwartet Drexler die versprochenen Verbesserungen der umstrittenen Fusion.

Ärzte klagen über wenig Zeit für das Privatleben

Im Ausbildungssystem für Österreichs Ärzte fehlt die Zeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben kommt zu kurz. Auf diesen Teilaspekt der bereits präsentierten Evaluierungsstudie hat am Donnerstag die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK) hingewiesen. Vizepräsident Harald Mayer und der Wiener Kammermervize Stefan Ferenci appellierten an die Politik, diese Alarmrufe trotz der kammerinternen Streitigkeiten ernst zu nehmen. Derzeit arbeiten laut Kammer rund zehn Prozent aller Ärzte in Ausbildung Teilzeit. Wünschen würden sich das aber 23 Prozent. Dies geschehe laut Ferenci wegen der Betreuungspflichten.

Innenpolitik

Steirischer LH Drexler vermisst Effekte der Kassen-Fusion



Drexler teilt ordentlich in mehrere Richtungen aus.

© APA

Donnerstag, 12.10.2023, 05:04

Der steirische Landeshauptmann Christopher Drexler (ÖVP) sieht in der Zwischeneinigung zum Finanzausgleich lediglich einen "vertretbaren Kompromiss". Scharfe Kritik übt er an der Krankenkassenzusammenlegung, dem Prestigeprojekt des damaligen Kanzlers Sebastian Kurz (ÖVP): Er sei "langsam ungeduldig, was die Effekte dieser Zusammenlegung betrifft", meinte Drexler Mittwochabend bei einer Veranstaltung. FPÖ-Chef Herbert Kickl ist für ihn eine "auffällige Persönlichkeit".

"Der Finanzausgleich ist ein vertretbarer Kompromiss", wollte Drexler beim "Business-Talk" von Thomas Prantners Beratungsagentur C3 nicht in Jubelchöre ausbrechen. Die Einigung sieht vor, dass es für den Bereich Gesundheit jährlich durchschnittlich 973 Millionen Euro mehr an Bundesmitteln gibt. Davon fließen 300 Millionen pro Jahr in den niedergelassenen Bereich, 603 Millionen Euro sind für Spitalsambulanzen sowie für Strukturreformen vorgesehen. Natürlich solle man die Spitalsambulanzen entlasten und das gehe nur, wenn der niedergelassene Bereich gestärkt werde, meinte Drexler. Er vermisst vor allem "Dynamik" bei den Sozialversicherungen: "Wo sind eigentlich die Synergien aus der zusammengeführten Österreichischen Gesundheitskasse?" Er sei jetzt "langsam ungeduldig, was die Effekte dieser Zusammenlegung betrifft", kritisierte der Landeshauptmann. "Da war ja von abenteuerlichen Summen die Rede, was diese Zusammenlegung bringen soll." Er erwarte sich von der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, dass die Effekte auch genutzt werden.

Auch gegen Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) teilte der Landeshauptmann aus: Er sei ein bisschen sensibel, wenn der Gesundheitsminister immer "mit dem Zeigefinger" Reformen von den Ländern einfordere. Die Steiermark habe in den vergangenen Jahren mehr gemacht als die letzten Gesundheitsminister zusammen, konstatierte Drexler.

Auf die Bremse steigt der Landeshauptmann beim - seit über 1.000 Tagen ausständigen - Klimaschutzgesetz. Was ihm bisher bekannt sei, sei noch nicht dazu angetan, in Jubelstürme auszubrechen und zu sagen, das müsse sofort beschlossen werden. Es gehe um "die Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Dynamik und Klimaschutz", das solle auch bei diesem Gesetz der Grundgedanke sein, forderte Drexler. Ob er also nicht für das Klimaschutzgesetz sei? "Für die derzeitigen Entwürfe: nicht dafür." Die Grünen wollten ja beim Klimaschutzgesetz eigentlich verbindliche Klimaziele auch für die Länder, Strafzahlungen bei Verfehlungen inklusive.

Differenzen hat Drexler mit der Grünen Klimaschutz- und Infrastrukturministerin Leonore Gewessler auch, was den dreispurigen Ausbau der Pyhrnautobahn (A9) im Süden von Graz Richtung Slowenien betrifft. Gewessler hatte das Projekt gestoppt. Drexler beteuerte, dass ja auch die Bahn ausgebaut werden soll, aber das Cargo-Center südlich von Graz

werde massiv ausgebaut, und da sei auch eine "passable" Straßenanbindung notwendig. Außerdem habe sogar eine - vom Land Steiermark in Auftrag gegebene - Studie der TU Graz festgestellt, dass der A9-Ausbau "alternativlos" sei, erinnerte Drexler. Gewessler wolle eine "ideologiebasierte" Entscheidung, er eine vernunftgetriebene, meinte der Landeshauptmann. Man habe eben sogar eine wissenschaftliche Studie dazu - "ich hab' bisher eher geglaubt, dass die Grünen gegen Wissenschaftsskepsis sind", merkte Drexler spitz an.

Nach einer weiteren Legislaturperiode mit einer türkis-grünen Bundesregierung gefragt, meinte der bekennende Großkoalitionär bloß: "Ich glaube, das wird sich mathematisch nicht ausgehen." Auf Landesebene möchte er nach der Wahl 2024 die Koalition mit der SPÖ fortsetzen. Während er aber in der Steiermark eine Koalition mit der FPÖ dennoch nicht ausschließen wollte, würde er sich im Bund "jedenfalls" gegen eine Koalition mit der FPÖ unter Herbert Kickl stellen. Kickl bezeichnete er als "eine auffällige Persönlichkeit". Der FPÖ-Chef sei geradezu "leutscheu", er gehe nur zu den eigenen Leuten, und "das ist mir eigentlich ein bisschen verdächtig", ließ Drexler kein gutes Haar an Kickl. Dass Kickl auf Parteiveranstaltungen bejubelt werde, beeindruckt Drexler nicht - "also das ist auch noch jedem ÖVP-Bundesparteibmann gelungen".

Steirischer LH Drexler vermisst Effekte der Kassen-Fusion

APA

12. Oktober 2023 05:30 Uhr

[Artikel teilen](#)

Der steirische Landeshauptmann Christopher Drexler (ÖVP) sieht in der Zwischeneinigung zum Finanzausgleich lediglich einen "vertretbaren Kompromiss". Scharfe Kritik übt er an der Krankenkassenzusammenlegung, dem Prestigeprojekt des damaligen Kanzlers Sebastian Kurz (ÖVP): Er sei "langsam ungeduldig, was die Effekte dieser Zusammenlegung betrifft", meinte Drexler Mittwochabend bei einer Veranstaltung. FPÖ-Chef Herbert Kickl ist für ihn eine "auffällige Persönlichkeit".

Drexler teilt ordentlich in mehrere Richtungen aus.

"Der Finanzausgleich ist ein vertretbarer Kompromiss", wollte Drexler beim "Business-Talk" von Thomas Prantners Beratungsagentur C3 nicht in Jubelchöre ausbrechen. Die Einigung sieht vor, dass es für den Bereich Gesundheit jährlich durchschnittlich 973 Millionen Euro mehr an Bundesmitteln gibt. Davon fließen 300 Millionen pro Jahr in den niedergelassenen Bereich, 603 Millionen Euro sind für Spitalsambulanzen sowie für Strukturreformen vorgesehen. Natürlich solle man die Spitalsambulanzen entlasten und das gehe nur, wenn der niedergelassene Bereich gestärkt werde, meinte Drexler. Er vermisst vor allem "Dynamik" bei den Sozialversicherungen: "Wo sind eigentlich die Synergien aus der zusammengeführten Österreichischen Gesundheitskasse?" Er sei jetzt "langsam ungeduldig, was die Effekte dieser Zusammenlegung betrifft", kritisierte der Landeshauptmann.

"Da war ja von abenteuerlichen Summen die Rede, was diese Zusammenlegung bringen soll." Er erwarte sich von der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, dass die Effekte auch genutzt werden.

Auch gegen Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) teilte der Landeshauptmann aus: Er sei ein bisschen sensibel, wenn der Gesundheitsminister immer "mit dem Zeigefinger" Reformen von den Ländern einfordere. Die Steiermark habe in den vergangenen Jahren mehr gemacht als die letzten Gesundheitsminister zusammen, konstatierte Drexler.

Auf die Bremse steigt der Landeshauptmann beim - seit über 1.000 Tagen ausständigen - Klimaschutzgesetz. Was ihm bisher bekannt sei, sei noch nicht dazu angetan, in Jubelstürme auszubrechen und zu sagen, das müsse sofort beschlossen werden. Es gehe um "die Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Dynamik und Klimaschutz", das solle auch bei diesem Gesetz der Grundgedanke sein, forderte Drexler. Ob er also nicht für das Klimaschutzgesetz sei? "Für die derzeitigen Entwürfe: nicht dafür." Die Grünen wollten ja beim Klimaschutzgesetz eigentlich verbindliche Klimaziele auch für die Länder, Strafzahlungen bei Verfehlungen inklusive.

Differenzen hat Drexler mit der Grünen Klimaschutz- und Infrastrukturministerin Leonore Gewessler auch, was den dreispurigen Ausbau der Pyhrnautobahn (A9) im Süden von Graz Richtung Slowenien betrifft. Gewessler hatte das Projekt gestoppt. Drexler beteuerte, dass ja auch die Bahn ausgebaut werden soll, aber das Cargo-Center südlich von Graz werde massiv ausgebaut, und da sei auch eine "passable"

Straßenanbindung notwendig. Außerdem habe sogar eine - vom Land Steiermark in Auftrag gegebene - Studie der TU Graz festgestellt, dass der A9-Ausbau "alternativlos" sei, erinnerte Drexler. Gewessler wolle eine "ideologiebasierte" Entscheidung, er eine vernunftgetriebene, meinte der Landeshauptmann. Man habe eben sogar eine wissenschaftliche Studie dazu - "ich hab' bisher eher geglaubt, dass die Grünen gegen Wissenschaftsskepsis sind", merkte Drexler spitz an.

Nach einer weiteren Legislaturperiode mit einer türkis-grünen Bundesregierung gefragt, meinte der bekennende Großkoalitionär bloß: "Ich glaube, das wird sich mathematisch nicht ausgehen." Auf Landesebene möchte er nach der Wahl 2024 die Koalition mit der SPÖ fortsetzen. Während er aber in der Steiermark eine Koalition mit der FPÖ dennoch nicht ausschließen wollte, würde er sich im Bund "jedenfalls" gegen eine Koalition mit der FPÖ unter Herbert Kickl stellen. Kickl bezeichnete er als "eine auffällige Persönlichkeit". Der FPÖ-Chef sei geradezu "leutscheu", er gehe nur zu den eigenen Leuten, und "das ist mir eigentlich ein bisschen verdächtig", ließ Drexler kein gutes Haar an Kickl. Dass Kickl auf Parteiveranstaltungen bejubelt werde, beeindruckt Drexler nicht - "also das ist auch noch jedem ÖVP-Bundesparteiobmann gelungen".

Steirischer LH Drexler vermisst Effekte der Krankenkassen-Fusion

Utl.: "Da war ja von abenteuerlichen Summen die Rede" - Gegen derzeitige Entwürfe für Klimaschutzgesetz - Kickl "auffällige Persönlichkeit"

Wien (APA) –

Der steirische Landeshauptmann Christopher Drexler (ÖVP) sieht in der Zwischeneinigung zum Finanzausgleich lediglich einen "vertretbaren Kompromiss". Scharfe Kritik übt er an der Krankenkassenzusammenlegung, dem Prestigeprojekt des damaligen Kanzlers Sebastian Kurz (ÖVP): Er sei "langsam ungeduldig, was die Effekte dieser Zusammenlegung betrifft", meinte Drexler Mittwochabend bei einer Veranstaltung. FPÖ-Chef Herbert Kickl ist für ihn eine "auffällige Persönlichkeit".

"Der Finanzausgleich ist ein vertretbarer Kompromiss", wollte Drexler beim "Business-Talk" von Thomas Prantners Beratungsagentur C3 nicht in Jubelchöre ausbrechen. Die Einigung sieht vor, dass es für den Bereich Gesundheit jährlich durchschnittlich 973 Millionen Euro mehr an Bundesmitteln gibt. Davon fließen 300 Millionen pro Jahr in den niedergelassenen Bereich, 603 Millionen Euro sind für Spitalsambulanzen sowie für Strukturreformen vorgesehen. Natürlich solle man die Spitalsambulanzen entlasten und das gehe nur, wenn der niedergelassene Bereich gestärkt werde, meinte Drexler. Er vermisst vor allem "Dynamik" bei den Sozialversicherungen: "Wo sind eigentlich die Synergien aus der zusammengeführten Österreichischen Gesundheitskasse?" Er sei jetzt "langsam ungeduldig, was die Effekte dieser Zusammenlegung betrifft", kritisierte der Landeshauptmann. "Da war ja von abenteuerlichen Summen die Rede, was diese Zusammenlegung bringen soll." Er erwarte sich von der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, dass die Effekte auch genutzt werden.

Auch gegen Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) teilte der Landeshauptmann aus: Er sei ein bisschen sensibel, wenn der Gesundheitsminister immer "mit dem Zeigefinger" Reformen von den Ländern einfordere. Die Steiermark habe in den vergangenen Jahren mehr gemacht als die letzten Gesundheitsminister zusammen, konstatierte Drexler.

Auf die Bremse steigt der Landeshauptmann beim - seit über 1.000 Tagen ausständigen - Klimaschutzgesetz. Was ihm bisher bekannt sei, sei noch nicht dazu angetan, in Jubelstürme auszubrechen und zu sagen, das müsse sofort beschlossen werden. Es gehe um "die Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Dynamik und Klimaschutz", das solle auch bei diesem Gesetz der Grundgedanke sein, forderte Drexler. Ob er also nicht für das Klimaschutzgesetz sei? "Für die derzeitigen Entwürfe: nicht dafür." Die Grünen wollten ja beim Klimaschutzgesetz eigentlich verbindliche Klimaziele auch für die Länder, Strafzahlungen bei Verfehlungen inklusive.

Differenzen hat Drexler mit der Grünen Klimaschutz- und Infrastrukturministerin Leonore Gewessler auch, was den dreispurigen Ausbau der Pyhrnautobahn (A9) im Süden von Graz Richtung Slowenien betrifft. Gewessler hatte das Projekt gestoppt. Drexler beteuerte, dass ja auch die Bahn ausgebaut werden soll, aber das Cargo-Center südlich von Graz werde massiv ausgebaut, und da sei auch eine "passable" Straßenanbindung notwendig. Außerdem habe sogar eine - vom Land Steiermark in Auftrag gegebene - Studie der TU Graz festgestellt, dass der A9-Ausbau "alternativlos" sei, erinnerte

Drexler. Gewessler wolle eine "ideologiebasierte" Entscheidung, er eine vernunftgetriebene, meinte der Landeshauptmann. Man habe eben sogar eine wissenschaftliche Studie dazu - "ich hab' bisher eher geglaubt, dass die Grünen gegen Wissenschaftsskepsis sind", merkte Drexler spitz an.

Nach einer weiteren Legislaturperiode mit einer türkis-grünen Bundesregierung gefragt, meinte der bekennende Großkoalitionär bloß: "Ich glaube, das wird sich mathematisch nicht ausgehen." Auf Landesebene möchte er nach der Wahl 2024 die Koalition mit der SPÖ fortsetzen. Während er aber in der Steiermark eine Koalition mit der FPÖ dennoch nicht ausschließen wollte, würde er sich im Bund "jedenfalls" gegen eine Koalition mit der FPÖ unter Herbert Kickl stellen. Kickl bezeichnete er als "eine auffällige Persönlichkeit". Der FPÖ-Chef sei geradezu "leutscheu", er gehe nur zu den eigenen Leuten, und "das ist mir eigentlich ein bisschen verdächtig", ließ Drexler kein gutes Haar an Kickl. Dass Kickl auf Parteiveranstaltungen bejubelt werde, beeindruckt Drexler nicht - "also das ist auch noch jedem ÖVP-Bundesparteiobmann gelungen".

spu/ham

APA0029 2023-10-12/5:04

120504 Okt 23